

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 60 (1980)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Erfahrungen in Afghanistan  
**Autor:** König, René  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-163656>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

RENÉ KÖNIG

## Erfahrungen in Afghanistan

*Der 1906 geborene René König ist emeritierter Professor für Soziologie der Universität zu Köln und weiterhin als Dozent, Redaktor der Kölner Zeitschrift für Soziologie, Herausgeber des Handbuchs der empirischen Sozialforschung u. a. tätig. Als Sohn eines deutschen Vaters und einer französischen Mutter erfuhr René König sehr früh die abstossenden Züge des Chauvinismus. Nach Hitlers Machtergreifung emigrierte er und habilitierte sich 1938 in Zürich, erst als Privatdozent, ab 1947 als Honorarprofessor bis zur Berufung 1953 nach Köln. Seine Habilitationsschrift fand keinen schweizerischen Verleger und erschien erst 1975. Der Habilitationsvortrag und die Antrittsvorlesung wurden in den Schweizer Monatsheften veröffentlicht. Der materiell bescheidene Lehrauftrag, für den viele als Buch veröffentlichte Dissertationen und gar manche entscheidende Antriebe zur Forschung und Lehre der Soziologie in der Schweiz zeugen, bestritt kaum seinen Lebensunterhalt. In den ersten Jahren war dem Emigranten sonstige Erwerbstätigkeit untersagt. Erfolgreiche Bücher (Sizilien, Machiavelli) und Übersetzungen halfen später dem Dozenten durchzustehen. In seinem Erinnerungsbuch «Leben im Widerspruch», das bei Carl Hanser erscheint, gedenkt René König weniger der Misslichkeiten seiner Zürcher Lehr-Jahre, als der dortigen Freunde, insbesondere Ernst Howalds.*

*Seit der Studienzeit in Wien hatte René König sich für die Türkei besonders interessiert, später für weitere Länder des Orients und für Probleme der Dritten Welt. Als Vorabdruck aus dem genannten Buch veröffentlichen wir, leicht gekürzt, den Abschnitt über fünfzehn Jahre Erfahrungen in Afghanistan.* F. B.

Es mag naheliegen, meine Tätigkeit in Afghanistan mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Köln in Verbindung zu bringen, als deren ständiger Delegierter in Sachen der Partnerschaftsfakultät Kabul ich mit nur wenigen Unterbrechungen von 1962–1978 tätig war; trotzdem ist das Nächstliegende nicht immer das Richtige. Denn meine Interessen am Mittleren Osten oder an Westasien, wie man besser sagen sollte, gehen auf den Beginn meiner Studien zurück, die mich zunächst intensiv mit der Türkei und ihren Entwicklungsproblemen in Verbindung gebracht hatten. Ich war auch mit meinen Sprachstudien recht weit gekommen, so dass ich mich bereits als Student in der Türkei zu Hause fühlte.

Damals bin ich zum erstenmal Afghanen begegnet. Es war irgendwo in der Nähe von Eskişehir, wenn ich mich recht erinnere; ich reiste in einem Kollektivtaxi (auf türkisch Dolmuš), die Afghanen waren zu zweit in einem Wagen und winkten meinem Taxi zu, es möge halten. So kam es zu einem kurzen Gespräch, das aus sprachlichen Gründen mehr Missverständnisse als Informationen enthielt. Allerdings stellte ich fest, dass es doch eine Koiné-Sprache oder Lingua Franca gab, die über grosse Gebiete reichte: die afghanischen Reisenden sprachen ein (vor allem der Aussprache nach)

altertümliches Farsi, also Persisch, das neuerdings Dari heisst; gleichzeitig waren sie aber auch des Türkischen mächtig bzw. einer turktatarischen Sprache, wahrscheinlich Turkmenisch, in der sie sich schlecht und recht mit meinen türkischen Mitreisenden unterhalten konnten. Diese erste Begegnung hatte mich irgendwie gefesselt, vor allem wegen des äusseren Erscheinungsbildes der beiden Reisenden, das von einer extremen Unbezähmbarkeit sprach, wie man sie in der Türkei normalerweise nicht antraf. Ausserdem war ich damals in Wien im orientalischen Seminar gerade dabei, den grossartigen Epiker Firdousi zu lesen, der in seinen Königslegenden gern fabelhafte Vorgänge und Personen in das Hochland von Afghanistan versetzt. Jetzt sah ich plötzlich, dass es diese Menschen wirklich gab. Im übrigen sind Iraner und Afghanen sehr verschieden, schon aus religiösen Gründen, da die ersteren Schiiten sind, die letzteren vorwiegend Sunnit (mit Ausnahme der Hasara). Mein Interesse war jedenfalls derart geweckt, dass es während der folgenden Jahrzehnte nicht mehr nachliess. Es wurde auch immer wieder durch besondere Umstände wachgehalten, so etwa als ich 1928 im Hause meines Onkels Erich Prigge in Berlin Amanullah Khan kennenlernte, einen der ersten Reformer Afghanistans, der aber später am Widerstand der Mullahs scheiterte, als diese aus der internationalen Presse entnahmen, dass sich ihre Königin in Europa unverschleiert gezeigt hatte.

Erst 1962 ergab sich – ganz unerwartet – ein Kontakt zu Afghanistan, der zu einer intensiven, mehr als anderthalb Jahrzehnte dauernden Beziehung führen sollte. Am 13. Oktober 1962 war ich aus dem Südwesten der Vereinigten Staaten in Köln eingetroffen, um am 15. Oktober mein erstes Dekanat anzutreten. Ich erschien am Montag früh pünktlich im Dekanat, wo mich mein Amtsvorgänger erwartete, um mir die Geschäfte zu übergeben. Als erstes eröffnete er mir, ich müsse am folgenden Donnerstag mit dem damaligen Ministerialrat L. Vogtmann vom Wissenschaftsministerium in Düsseldorf nach Kabul fliegen, um dort bei unserem Partnerschaftsteam an der Wirtschaftsfakultät nach dem Rechten zu sehen; offensichtlich seien dort Probleme aufgetaucht, nachdem die Partnerschaft ab März des Jahres zum islamischen Neujahr (*nou ruz*) angelaufen war. Es würde uns auch ein Kollege von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn mit dem gleichen Auftrag begleiten. Auf meinen Einwand, ich sei ja über die Vorgänge der letzten Monate gar nicht orientiert, auch mit den Verträgen nicht vertraut, weshalb er doch lieber selber reisen solle, antwortete mir mein Amtsvorgänger mit der Überreichung eines ärztlichen Attestes, in dem bestätigt wurde, dass eine Reise in den Orient für ihn aus gesundheitlichen Gründen nicht ratsam sei. So reiste ich – ohne ärztliche Erlaubnis und auch ohne Impfungen, ausser

der für die Vereinigten Staaten obligatorischen Pockenimpfung – pünktlich zum angegebenen Datum ab, nachdem ich mich noch kurz bei einem Bonner geographischen Kollegen erkundigt hatte, wie es um diese Jahreszeit mit der Typhus- und Choleragefahr stehe. Er tröstete mich, wenn ich Glück hätte, würde ich ungeschoren durchkommen, ausserdem gäbe es noch eine Menge anderer Krankheiten, die man sich dort holen könne, was mich nicht wesentlich beruhigte.

Ich habe das mit einiger Ausführlichkeit berichtet, um meinen Eindruck von der Stellung der meisten deutschen Kollegen zum Problem der Entwicklungshilfe zu rechtfertigen. Was man auch immer unternahm, es wurde halbherzig getan. Obwohl im regulären Etat der Partnerschaft alle zwei Jahre eine Dekansreise vorgesehen war, ist es mir nicht mehr gelungen, einen Kölner Dekan nach Kabul zu bringen. Mein Amtsnachfolger war zunächst sehr enthusiastisch gewesen, als ich ihm dann aber nahelegte, zu einem bestimmten Termin zu fahren, zog auch er das obligate ärztliche Attest aus der Tasche. Der nächste Dekan ging gar nicht erst auf die Diskussion ein, sondern erklärte mir einfach von oben herab, er denke nicht daran, nach Kabul zu fliegen. Wenn man bedenkt, wie stark Orientalen ansprechbar sind für das Auftreten von Respektspersonen, dann wird man sich leicht vergegenwärtigen können, warum bei den Afghanen nicht selten der Eindruck aufkommen musste, dass man diese Partnerschaft in der Bundesrepublik wohl nicht ganz ernst nahm – trotz aller auch in Geldeswert messbaren Anstrengungen.

Im totalen Gegensatz zur Lauheit der Kollegen und letztlich auch der Behörden in der Bundesrepublik fand ich bei unseren jungen westdeutschen Mitarbeitern in Kabul eine wahrhaft enthusiastische Einsatzbereitschaft, wenn auch einigermassen beeinträchtigt durch Krankheiten, mangelnde Orientierung, ungenügende Ausrüstung, mangelhafte Räumlichkeiten und viele andere Umstände, die mit der Neuartigkeit des Unternehmens zusammenhingen. Wie problematisch die Verhältnisse waren, kann man daran ermessen, dass unsere kleine Kommission sehr bald einsah, dass von einer Reisedauer von ungefähr einer Woche überhaupt keine Rede sein konnte; wir blieben dann in der Tat drei Wochen, um alles in einiger Ordnung zu hinterlassen, wobei wir zahllose Sitzungen mit dem Erziehungsministerium, dem Rektor und den Dekanen der beiden beteiligten Fakultäten hatten, um ein möglichst vollständiges Inventar aller Probleme aufzustellen, das für die Zukunftsarbeit von Nutzen sein konnte. Mein erster Bericht an die Fakultät und die deutschen Behörden hatte zwanzig Seiten Umfang: In den folgenden Jahren sollten sich diesem ersten noch viele solcher Dokumente anschliessen, die wohl in den Akten des Dekanats verwahrt sind. Durchaus nicht alle darin angesprochenen Probleme konn-

ten gelöst werden – dennoch ist aus dieser Lehrpartnerschaft am Ende das grösste und längste Unternehmen der deutschen Ausbildungshilfe geworden.

### *Motive der Entwicklungshelfer*

Über die Motivation zur Ausbildungs- und Entwicklungshilfe ist schon viel diskutiert worden; ich will das hier nicht wieder aufgreifen. An der Spitze steht natürlich die Exportförderung jeder Art. Man darf das nur nicht in der primitiven Weise auffassen, als bestehe ein direkter und unmittelbarer Zusammenhang. Das Ganze ist wohl ein ausserordentlich komplexer und verschlungener Prozess, der sich erst im Laufe eines gesamten Lebens auswirkt, z. B. wenn ein Stipendiat nach Rückkehr in sein Land in eine entsprechende Stellung einrückt und dann etwa dazu beiträgt, dass Produkte seines ursprünglichen Gastlandes denen aus anderen Ländern vorgezogen werden. Im wesentlichen stehen natürlich politische Motivationen im Vordergrund, wobei jene im Vorteil sind, die es verstehen, den anderen politische Ideensysteme zu suggerieren, statt wirkliche Hilfe zu leisten, oder sich diese teuer bezahlen lassen und statt dessen gratis Weltanschauung liefern. Aber, ich wiederhole, ich habe nicht die Absicht, diese höchst verwickelten Fragen hier aufzurollen.

Wohl aber habe ich mich seit jeher gefragt, welches die entscheidenden Motive bei jenen jungen Leuten sind, die sich für Entwicklungsdienste irgendwelcher Art melden. Dabei müssen ganze Gruppen beiseite gelassen werden, die dieses Metier seit Jahrzehnten betreiben, wie die Kirchen; auch bei Gruppen wie dem Peace Corps steht zweifellos, sofern es sich um Kollektivorganisationen handelt, ein karitatives Motiv im Vordergrund. Bekanntlich haben Organisationen jedoch einen formellen und einen informellen Aspekt, so dass sich unter der Hand hinter den offiziell kundgegebenen Motiven ganz andere verstecken mögen, die den Beteiligten unter Umständen gar nicht bewusst sind. Dazu gehören vor allem Persönlichkeitsprobleme verschiedenster Art, wie Untersuchungen amerikanischer und auch deutscher Provenienz gezeigt haben. Und diese werden dann leicht zu einem echten Handicap für die beabsichtigte Wirkung bestimmter Entwicklungshilfeaktionen, indem sie zwar den jungen Leuten helfen, ihre Neurosen abzubauen: diese Entwicklungshelfer gehen dann fröhlichen Herzens davon und vergessen die Objekte der Entwicklungshilfe ganz einfach, nachdem sie Erwartungen geweckt haben. Aber hier gibt es keine gefährlichere Fehlleistung als diese, da enttäuschte Erwartungen, denen keine Folge geleistet wird, höchst unerwartete Reaktionen zur Folge haben können, etwa solche extrem xenophoben Charakters, für

die dann kein Verantwortlicher mehr da ist, da der Urheber der enttäuschten Hoffnungen längst hinter alle Berge verschwunden ist.

Zur Bewertung dieser Situation wäre es wichtig, in den entwickelten Industrieländern genau zu beobachten, welcher Art die jungen Leute sind, die Kontakt mit Besuchern, Praktikanten oder Studenten aus Entwicklungsländern suchen. Es lässt sich leicht zeigen, dass es sich allzu häufig um unreife oder «frustrierte» Individuen handelt, die nun ihre eigenen Entwicklungsprobleme auf die Angehörigen einer fremden Kultur übertragen. Ähnliches gilt übrigens auch für Mischehen, über deren Zahl und Entwicklungschancen nur sehr oberflächliche Informationen bestehen, die uns aber eine Fülle von keineswegs erfreulichen Problemen vermuten lassen. Schliesslich gibt es noch jene, die unausgegorene politische Ideen in die Länder der Dritten Welt tragen wollen, um dort junge Leute aufzuriezen, ohne dass danach irgend etwas folgte, was wiederum nur zu einem spontanen Breakdown oder einem ebenso radikalen Chauvinismus bei den Einheimischen führen muss.

Natürlich waren unsere Mitarbeiter in Kabul von anderer Qualität; sie waren gestandene Assistenten und junge Wissenschaftler, die schon ein anderes Niveau der Reifung erreicht hatten als die eben Angesprochenen. Sicher versprachen auch sie sich gewisse Vorteile von ihrer Arbeit im Entwicklungsdienst, etwa eine erleichterte Habilitation oder auch – wie in den Zeiten der «GAWI-Gehälter» (Vergütungen über die Frankfurter «Garantieabwicklungsgesellschaft», eine Verwaltungsbank aus den dreissiger Jahren, die heute nicht mehr existiert) – ein verhältnismässig hohes steuerfreies Einkommen, das ihnen bei den niedrigen Lebenshaltungskosten in Entwicklungsländern beträchtliche Ersparnisse ermöglichte. Der Preis dafür war allerdings gelegentlich, dass sie in ihren Heimatländern bei der Beförderung einfach vergessen wurden. Auch das wurde zuerst in den Vereinigten Staaten sichtbar, als sich herausstellte, dass die zu Hause gebliebenen Wissenschaftler oft eher befördert wurden, so dass für die Rückkehrer später keine Stellen mehr frei waren. Da ich in dieser Hinsicht eine sehr unerfreuliche Erfahrung mit einem hervorragenden Studenten an der University of California gehabt hatte, war ich vorsichtig genug, bei meinen Verhandlungen mit den deutschen Behörden Auffangstellen für die Rückkehrer auszuhandeln, was sich in einer grossen Zahl von Fällen bestens bewährt hat. Ich habe eigentlich auch in all der langen Zeit, die ich als Geschäftsführer des afghanischen Projekts tätig war, keine schlechten Erfahrungen mit diesem System gemacht, da die meisten nur für sehr kurze Zeit von dieser Chance Gebrauch machten und dann in andere Stellungen übergingen. Es blieb allerdings nicht aus, dass in manchen Fällen jene Ordinarien, die uns ihre Assistenten einst bestens empfohlen

hatten, diese nach ihrer Rückkehr gewissermassen «vergessen» hatten, selbst wenn die Betreffenden vorher fünf bis zehn Jahre für sie gearbeitet hatten. So bekam der akademische Entwicklungsdienst unversehens eine fatale Bedeutung: er wurde zum Abstellgleis. Da ich meine Fürsorgepflicht so ernst wie möglich nahm, um nicht zum Betrüger an diesen jungen Kollegen zu werden, die auf die Fakultät vertrauten, musste ich oftmals höchst unerfreuliche Sträusse mit meinen Kollegen ausfechten, die allerdings zu meist gut ausgingen, wenn auch nicht auf Grund von deren gutem Willen, sondern weil sich die deutschen Universitäten damals in einer starken Expansionsphase befanden, wohl der stärksten ihrer Geschichte. Für den Betroffenen fand sich dann zwar anderswo eine Stellung, aber er musste dafür mit einer starken menschlichen Enttäuschung bezahlen. Es war dies übrigens auch die Zeit, in der meine Zweifel an der sachlichen und personellen Funktionsfähigkeit unserer Universitäten immer grösser wurden.

Die Expansion ist aber nun seit längerer Zeit unwiderruflich vorbei, so dass man heute einem jungen Kollegen, der für einige Zeit in einem Entwicklungsland arbeiten und lehren möchte, eigentlich nur abraten kann. Das akademische Proletariat ist heute bereits so gross, dass die Chance, nach der Rückkehr wieder in die akademische Laufbahn eingeschleust zu werden, äusserst gering ist.

### *Grosse Erwartungen*

Das grösste Problem kam aber auch auf uns zu in Form von zu grossen Erwartungen, die wir geweckt hatten, ohne es zu wollen. Kollege Willy Kraus, heute Universität Bochum, der noch als Angehöriger meiner Fakultät in deren Auftrag die ursprünglichen Verträge mit der Universität Kabul ausgehandelt hatte, hatte als Ziel der Partnerschaft die «Anhebung der dortigen Fakultät auf internationales Niveau» definiert. Ich traf ihn 1962 bei meiner ersten Dekansreise in Kabul und besprach alles eingehend mit ihm, wobei wir uns zunächst in dieser Zielsetzung völlig einig waren. Erst allmählich machten wir die Erfahrungen, die uns nachträglich wünschen liessen, dass wir besser eine andere Definition unserer Ziele aktennotorisch gemacht hätten. Denn kaum war unsere Lehrtätigkeit angelaufen, kam schon sehr deutlich ausgesprochen der Wunsch, das Kabuler Examen, das einem amerikanischen B. A. entsprach, zu einem M. A. umzuwandeln und als Äquivalent für das Kölner Diplomexamen anzuerkennen, da ja nun das Studium durch Kölner Kräfte und unter Aufsicht der Kölner Wirtschaftsfakultät betrieben werden sollte. Dieser Wunsch liess sich jedoch in keiner Weise erfüllen, was zu sehr unerfreulichen Auseinandersetzungen führte. Dabei wussten wir, dass die Schuld ausschliesslich bei uns lag: Wir

hatten Erwartungen geweckt und damit eine Hoffnung in die Welt gesetzt, die sich in so kurzer Zeit schlechterdings nicht erfüllen liess. Da ich dank meiner Beziehungen zur Universität Istanbul, aber auch zur Nationaluniversität in Teheran, seit 1966 wieder zu den Universitäten in Beirut, Damaskus und Kairo sowie zu denen in Bombay und anderen Orten bis hin nach Hongkong, Taiwan und Japan genauere Einblicke in die jeweiligen Studiengänge hatte, konnte ich mich auf die Linie einer einheitlichen Unterrichtspolitik zurückziehen, die allmählich auch den Afghanen einleuchtete: vier Jahre bis zum B. A., drei weitere für den M. A. und anschliessend eine unbestimmte Zeit für den Ph. D. – wobei es ein Problem der pragmatischen Machbarkeit wurde, ob man eine «upper division» in einer relativ jungen Fakultät einrichten sollte, die erst 1957 unter der ersten Ministerpräsidentschaft Daoud begründet worden war. Dieser Vorschlag erschien schliesslich auch den afghanischen Behörden akzeptabel; aber es hat fast zehn Jahre gedauert, bis wir ihn verwirklichen konnten, was nicht verhindert hat, dass das Problem immer wieder in den Diskussionen auftauchte oder zumindest bei manchen Studenten oder Stipendiaten (leider oft nicht den besten) eine ausgesprochene Malaise weckte. Leider wurde unsere Strategie empfindlich gestört durch einzelne europäische Universitäten, die ihre akademischen Grade billig abgaben, obwohl sie von anderen und auch von mir darauf aufmerksam gemacht worden waren, wie die Verhältnisse wirklich lagen. Dass zu Beginn dieser Zeit Fehler gemacht worden sind – wer will das bestreiten und wie soll man das vermeiden? Aber seit Ende der sechziger Jahre hätte eine einheitliche Strategie von den wichtigsten europäischen Ländern durchaus eingehalten werden können. Langsam wurden wir uns darüber klar, welches Ausmass an Betreuung aufgebracht werden muss, um die Studenten aus Ländern der Dritten Welt über die Hürden zu bringen, ohne dass sie psychischen Schaden nehmen. Die erstaunlichsten Leistungen in dieser Hinsicht habe ich immer wieder in den Vereinigten Staaten beobachten können, die mit ihrem Beratungssystem imstande sind, einen Studenten mit einem B. A. in zwei Jahren durch das M. A.-Examen zu bringen, ohne den Titel damit abzuwerten.

Ich habe in meiner langen Erfahrung mit unseren afghanischen Stipendiaten eine solche Fülle von Persönlichkeitsstörungen erlebt, dass ich mich insgeheim manchmal wundere, wieso wir letztlich doch so viele zum Doktorat, manche sogar bis zur Habilitation haben bringen können. Noch heute bleibt die beunruhigende Frage, inwieweit man diese Störungen vermeiden kann. Mich brachte sie schon vor meinen afghanischen Erfahrungen auf den Gedanken, die Studenten *in situ* zu fördern, also an ihren eigenen Universitäten, durch einzelne Gastprofessoren oder Dozenten-

gruppen. Die Franzosen haben seit jeher ihre besten Professoren und Gelehrten für ein Schuljahr in ihre eigenen und in fremde Kolonialgebiete geschickt; das war uns eine Art Vorbild. Vielleicht konnte man auf diesem Wege erreichen, dass der Student bis zu einem gewissen Ausbildungsstand gebrachte wurde, ohne aus seinem gewohnten Lebensumkreis gerissen zu werden. Aber auch hier gab es Schwierigkeiten; wie ich immer wieder erleben konnte, von Nordafrika über den Mittleren Osten bis nach Afghanistan, hat diese Welt eine Traditionenform, die die Entwicklung des Individuums akut und radikal verhindert. Ich habe viele Familieninterieurs in diesen Ländern gesehen und – selbst bei ausgesprochenen Oberklassen – nie ein Zimmer gefunden, in das sich einer zur Arbeit zurückziehen könnte. Ferner haben die erweiterten Familien die Tendenz, sich etwa abends, aber auch tagsüber gemeinsam zu beschäftigen; das wird im Winter oft durch den Umstand erzwungen, dass man es sich nicht leisten kann, mehr als ein einziges Zimmer zu heizen. Aber auch sonst sitzen die Familienmitglieder mit Besuchern und Dienerschaft alle zusammen in einem Raum und unterhalten sich. Wenn dann einer oder mehrere sich etwa für Prüfungen vorzubereiten haben, können sie sich nur ins Freie zurückziehen. In Kabul und auch andernorts sah ich oft Studenten auf Bänken in öffentlichen Parkanlagen sitzen und lesen. Im aramäischen Teil des Libanon fand ich einmal einen Studenten, der bäuchlings mitten auf der Strasse vor seinem Dorf lag und büffelte.

Es ist seltsam, dass sich diese Unterbindung jeder Selbstisolation auch bei den europäischen «Kommunen» und sogenannten «Grossfamilien» wiederholt; das Alleinsein wirkt sich im Orient offensichtlich wie ein Horror Vacui aus, womit, wie man leicht einsehen kann, jede Möglichkeit zur Konzentration unterbunden wird. Da aber Konzentration für Prüfungen im Grunde wichtiger ist als die Menge der Arbeit, bedeuten solche Lebensgewohnheiten eine ständige Bedrohung der geistigen, sozialen und emotionalen Entwicklung des Einzelnen.

Im Grunde wird beim Orientalen der Kindheitszustand bis weit über das zwanzigste oder gar dreissigste Lebensjahr hinaus verlängert, so dass selbständige Entscheidungen bei Lebzeiten des Vaters oder Grossvaters einfach nicht «eingeübt» werden. Man muss sich einmal vorzustellen versuchen, welche Schockwirkung eintritt, wenn junge Orientalen von einem Tag auf den anderen in europäische Verhältnisse versetzt werden. Zunächst ballen sie sich in landsmannschaftlichen Gruppen zusammen, die ihnen zum Familienersatz werden. Das hat dann meist einen spontanen Rückgang ihrer sprachlichen Fähigkeiten zur Folge, gegen den die Goethe-Institute zwar ihr Bestes tun, aber sie stossen hier offenbar auf stärkere Gegenkräfte, als sonst im Sprachunterricht aufzutreten pflegen.

Einen unerwarteten Einblick in die Tiefe dieser Störungen gab mir einmal ein medizinischer Kollege in Köln, bei dem einer unserer afghanischen Studenten in Klinikbehandlung war. Ich hatte ihn angerufen, da ich gewisse Zweifel an der «Krankheit» hatte, und sofort begann ein höchst aufschlussreiches Gespräch, als mir der Arzt sagte, sie hätten aus unserem Patienten erst einmal eine ganze Reihe von Würmern entfernt, an denen die Assistenzärzte «ihre helle Freude gehabt» hätten, weil sie diese Arten noch nie gesehen hatten. Die «Verwurmung» ist übrigens ein Normalzustand bei den meisten Bewohnern der Dritten Welt, was sowohl von unseren Wirtschaftsstrategen wie auch von Entwicklungshelfern aller Art regelmässig unterschätzt wird. Die Folge dieser Krankheit ist eine ständige Vergiftung des Körpers mit Symptomen der Apathie, ja geradezu der Lähmung, die zu jeder effizienten Arbeit unfähig macht. Die Standardausrede: der Betreffende sei «faul», er habe keinerlei Initiative, entspringt der typischen Mentalität eines Helpers, der die Dritte Welt aus der Perspektive eines Hilton-Hotels entwickeln will.

### *«Psittacosis»*

In besagtem Gespräch erwähnte ich zufällig, dass der betreffende Stipendiat bei der Sprachprüfung durchgefallen war. Grösstes Erstaunen des Arztes, der mir sagte, er habe in Manuskripten seines Patienten auf dessen Nachttisch geblättert und gefunden, dass er über einen erstaunlichen deutschen Wortschatz verfügte, selbst wenn er im einzelnen Fehler machte. Aber der Wortschatz selber war dem eines deutschen Studenten sicher gleichwertig. Das entsprach durchaus meinen Erfahrungen mit Doktoranden aus Ländern der Dritten Welt, die gelegentlich ein erstaunliches Sprachniveau haben, selbst wenn der Betreffende sich nicht immer mündlich korrekt ausdrücken kann und manchmal sehr primitive Fehler macht. In diesem Fall gelang es mir aber nicht herauszubekommen, was bei unserem afghanischen Studenten die Blockierung des Sprachvermögens verursacht hatte, denn um eine solche handelte es sich in der Tat. War es die Prüfungssituation? Die Ungeschicklichkeit eines Lehrers? Oder ein anderer Umstand eher privater Natur? Oder war es vielmehr der Gesamtzustand, eben plötzlich in einer ganz anderen sozialen und kulturellen Welt zu leben, die dem Adepten vielleicht nur Angst macht und keinerlei Vertrauen einflösst? Wer Afghanistan und die Primitivität des dortigen Lebens, aber auch den enormen Druck der Grossfamilie kennt, wird sich vielleicht vorstellen können, was ein Durchschnittsstudent empfinden muss, der eines schönen Tages aus Kabul abfliegt und nach zehn Stunden in München, Frankfurt oder Köln landet. Er wird am Flugplatz gewiss seine Landsleute

finden, die ihn abholen (zusammen mit einem deutschen Assistenten der Partnerschaft). Aber findet er auch nur ein Minimum jener Sicherheit, die ein Mensch einfach braucht, um seine Fähigkeiten einigermassen normal entfalten zu können?

Das vielleicht schwerste Handicap, dem diese Studenten insbesondere in mohammedanischen Ländern ausgesetzt sind, ist die Auswirkung eines sehr spezifischen Kulturkonflikts, den der Angehörige der Industriegesellschaften zumeist nicht nachzuvollziehen vermag. Die traditionelle Koranschule, ursprünglich die einzige Schule, die die meisten Menschen in diesen Ländern besuchten, war darauf angewiesen, den Koran, der in einer für viele mohammedanische Länder fremden Sprache abgefasst ist, einfach ohne jede Erläuterung auswendig lernen zu lassen. Dabei spricht der Koran auch für arabische Länder, die nur Dialekt und nicht Koranarabisch sprechen, nahezu eine fremde Sprache, die nur die Gelehrten und Gebildeten verstehen. So kommt es zu jener Lerntechnik, die schon vor Jahrzehnten Georges Balandier in Paris als «Psittacosis» bezeichnete, d. h. als Papageienkrankheit des einfachen Memorierens. Diese macht sich direkt und indirekt auch bei Absolventen einer höheren Schule bemerkbar, wo sie sich als eine gefährlich effiziente Blockade des selbständigen Denkens erweist. Lernen bedeutet dann gerade nicht jene Entfaltung der Selbsttätigkeit im Verstehensprozess, bei der das Ziel der Didaktik nicht Wiedergabe eines «Wissensbestandes» darstellt, sondern selbständige Ableitung von Problemen. Diese Stufe ist schon bei uns nur schwer zu erreichen, um wieviel schwerer also bei Angehörigen einer traditionalen Gesellschaft?

Ein deutscher Fakultätskollege berichtete mir einmal, dass einer unserer Studenten aus Afghanistan in der mündlichen Prüfung total durchgefallen war und er ihn nochmals zu sich bestellt hatte, um den Grund für diesen Misserfolg herauszufinden. Auf die Frage, ob er vielleicht nicht genug Zeit für die Vorbereitung zum Mündlichen gehabt hätte, antwortete der Student hoffnungsfroh: im Gegenteil, er kenne das Hauptwerk des Prüfers auswendig. Dieser machte daraufhin ein paar Stichproben, und siehe da: die Behauptung stimmte. Der Student vermochte sogar die Seitenzahlen anzugeben, auf denen die einzelnen Probleme behandelt waren. Nur selbständig darstellen konnte er sie nicht. Mein Kollege liess ihn daraufhin mit der Mindestnote durch die Prüfung kommen. Der Fall gab uns Anlass zu einem langen Gespräch über die praktischen Konsequenzen solcher Kulturkonflikte, die uns vorläufig unlösbar schienen. Ich frage mich, ob das Problem bei allen unterentwickelten Gesellschaften gleich gelagert ist, oder ob es nicht auch Unterschiede gibt, die man studieren müsste, um die letzten Ursachen für die Manie des Memorierens herauszufinden und damit vielleicht auch einige Möglichkeiten zu ihrer Überwindung.

Darüber hinaus gibt es aber noch ganz andere, höchst handgreifliche Faktoren, die das normale Sicheinleben eines Orientalen im Westen erschweren. Wenn zum Beispiel ein Afghane, der gewohnt ist, durchschnittlich auf 2000 Meter Höhe zu leben, sich plötzlich dem feuchten Klima von Köln oder Bonn ausgesetzt sieht, muss ihm das buchstäblich den Atem verschlagen. Kreislaufbeschwerden sind die Folge, die man nicht allein mit gutem Willen bekämpfen kann und die ausserdem zumeist weder erkannt noch in ihren Folgen richtig eingeschätzt werden. Umgekehrt wird ein Durchschnittseuropäer im afghanischen Hochland, wo man beim geringsten Ausflug auf drei- bis fast viertausend Meter Höhe kommt, Schlafstörungen und Atemschwierigkeiten haben, eventuell sogar kollabieren. Dennoch kann er sich bei der Phantasielosigkeit vieler Europäer meist nicht vorstellen, dass Bedingungen dieser Art ein schweres Handicap für all jene darstellen, die im Hochland geboren und aufgewachsen sind und nun im Tiefland ungewohnte Leistungen vollbringen müssen. Wenn man bei Fussballweltmeisterschaften daran denkt, sollte man es auch bei Stipendiaten berücksichtigen.

Ein Umstand, der mir viel Kopfzerbrechen bereitet hat und für den eine Lösung gefunden werden muss, ist die niedrige Lebenserwartung in orientalischen Ländern, die für Afghanistan wie für Indien nur etwa 35 Jahre beträgt. Natürlich ist das nur ein statistischer Durchschnitt und infolgedessen ohne grosse Aussagekraft, aber er kann uns doch als Rahmen dienen für eine Rechnung, die zum Nachdenken Anlass gibt. Setzen wir das Durchschnittsalter beim Abitur mit 19 bis 20 Jahren an, danach vier Jahre Studium bis zum B. A. und zwei weitere Jahre als Fakultätsassistent für jene, die als Stipendiaten ausersehen sind, so kommen wir bereits auf einen Durchschnittswert von 25 bis 26 Jahren. Addieren wir nun ein Jahr Sprachstudium, vier Jahre bis zum Diplomexamen und drei weitere bis zur Promotion, so kommen wir auf ein Alter von rund 34 Jahren, vorausgesetzt, dass alles normal läuft, kein Militärdienst zu leisten ist, nicht nach dem Diplom ein zusätzlicher Aufenthalt an der Fakultät in Kabul verlangt wird und alle Prüfungen jeweils beim ersten Anlauf bestanden werden. Das heisst: der Kandidat erreicht gleichzeitig seine akademische Berufsreife und die Grenze seiner durchschnittlichen Lebenserwartung. So banal solche Rechnungen erscheinen mögen, sie sollten doch zum Nachdenken veranlassen, ob man diesen quälend langen Prozess nicht abkürzen kann. Wenn die relative Länge des akademischen Vollstudiums in den fortgeschrittenen Industrienationen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation den Arbeitsmarkt entlastet, so wirkt sie sich umgekehrt in wirtschaftlich unterentwickelten Gesellschaften unter Umständen als eine geradezu katastrophale «Fehlinvestition» aus. Man verzeihe mir,

wenn ich menschliche Schicksale mit ökonomischen Kategorien messe, aber gelegentlich muss man das tun, um nicht groben Milchmädchenrechnungen zu erliegen. Ausserdem muss man sich darüber klar sein, dass es eine Alternative gibt: statt in blosse Ausbildung zu investieren, lieber in den Aufbau adäquater Einrichtungen, was dem Lande bei seinem momentanen wirtschaftlichen Stand vielleicht mehr nützen würde.

Angesichts all dieser Schwierigkeiten sollten wir nun ein Programm entwickeln für eine Wirtschaftsfakultät; und genau hier muss ich auch von unseren eigenen Problemen und Fehlern sprechen. Das erste Vorlesungsprogramm, an dem ich nicht mitgewirkt habe, war eine getreuliche Replik des Kölner Systems: Soziale Marktwirtschaft schien der eigentliche Gegenstand, der analytisch dargestellt werden sollte, wobei nicht einmal feststand, ob sie in der Bundesrepublik eine Realität war. Schon damals wurden wichtige Stimmen laut, die das energisch bestritten, so dass die Frage durchaus offen blieb, ob wir Analyse betrieben oder Indoktrinierung. Ich will hier gar nicht die Frage aufrollen, ob Neoliberalismus oder Sozialismus die bessere Alternative ist, sondern viel pragmatischer überlegen, auf welcher Ebene man in einem Land von dem niedrigen Entwicklungsniveau Afghanistans beim Lehren der Wirtschaftswissenschaft einsteigen kann. Hier hat uns vielleicht unsere Absicht, die dortige Fakultät «auf internationales Niveau» zu bringen, einen verhängnisvollen Streich gespielt; wir taten so, als könne man eine Wissenschaft völlig ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Stand eines gegebenen Volkes entwickeln. Eine solche Planung musste unausweichlich kopflastig werden, eine Art von realer Utopie ausbilden, die jeden Zusammenhang mit den gegebenen Verhältnissen vermissen liess, während es in Wahrheit doch darum ging und geht, die gegebenen Verhältnisse zu verändern, falls ich den Sinn der Entwicklungspolitik richtig verstanden habe. Es muss schliesslich auch die Frage erlaubt sein, ob auf diesem Wege nicht eine Wirtschaftstheorie verbreitet wird, die für ein adäquates Wirtschaftsgebaren unter den gegebenen sozialen Umständen geradezu schädlich ist.

Um ein adäquates Wirtschaftsgebaren zu erreichen, müssen freilich zunächst die gegebenen Verhältnisse bekannt sein, was in Deutschland zu meist nicht der Fall ist. Man möge sich dazu in Erinnerung rufen, dass die Briten ihre Sozialanthropologie unter anderem entwickelt hatten, um die ihnen damals unterstehenden Kolonialgebiete in ihren sozialen Strukturen kennenzulernen; das sollte aber nicht l'art pour l'art sein, also eine Wissenschaft um ihrer selbst willen, sondern den Weg dazu bahnen, dass diese Gesellschaften sich eines Tages selbst regieren könnten im Sinne der «Indirect Rule». So wurde etwa in Indien seit dem 19. Jahrhundert die administrative Statistik eingesetzt, um die bestehenden Kastenverhältnisse durch-

sichtig zu machen. Erst danach konnte man untersuchen, wie sich die Verhältnisse ändern liessen. Es war dabei übrigens schon relativ früh klar geworden, dass die «Adoptierung» der islamischen Stämme als Kaste eigener Art in das indische Kastensystem keinen ernsthaften Belastungen ausgesetzt werden durfte, solange man nicht dem religiösen Faktor Rechnung trug. Das zeigte sich später grausam während der Entkolonialisierungsperiode nach 1945 in der Verfolgung der Mohammedaner und der Aufspaltung Indiens in zwei Nationen (inzwischen drei). Die bedeutendsten Forschungen der britischen Sozialanthropologen wurden jedoch in Afrika durchgeführt, von deren Ergebnissen ein grosser Teil der modernen afrikanischen Staaten heute noch profitiert.

So dachte ich mir als Hauptangebot einer Wirtschaftsfakultät in Afghanistan einen Lehrstuhl für Wirtschaftsethnologie Zentralasiens, etwa in dem Sinne, wie es der grosse schwedische Sozialwissenschaftler Gunnar Myrdal in seinem letzten Hauptwerk (1968) angeregt hat, wobei leider Afghanistan viel zu kurz gekommen ist, wovon man sich leicht überzeugen kann. Der Grund dafür ist ebenfalls leicht anzugeben: Afghanistan ist das komplizierteste Land des Mittleren Orients, und es fehlen bisher die elementarsten Forschungen über seine Sozial- und Wirtschaftsstruktur, so dass man hier auf weite Strecken im dunkeln tappt. In manchen Teilaspekten sind solche Untersuchungen während der deutschen Periode der Wirtschaftsfakultät Kabul zwar durchgeführt worden, aber bei weitem nicht konsequent genug als Hauptbestandteil der partnerschaftlichen Aktivitäten.

Eine Einsicht von afghanischer Seite in diese Zusammenhänge findet sich übrigens im letzten Siebenjahresplan vor dem Umsturz vom Frühjahr 1978. Hier heisst es, zu fördern sei eine Forschung «über Afghanistan, für Afghanistan und durch Afghanen». Diese Formel hat meine Kollegen weitgehend skandalisiert. Ich selber kann jedoch nur den realistischen Charakter dieser Devise loben. Und wenn man dann etwa die Wendung, dass diese Forschung «durch Afghanen» durchgeführt werden solle, als Ausdruck eines Nativismus nimmt und als solchen perhorresziert, dann kann ich dem nicht mehr folgen. Die Funktion des Ausbildungshelfers kann doch nur sein, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, und das impliziert notwendigerweise, dass die Forschung in die Hände der Einheimischen übergehen muss. Diese Erkenntnis kommt auch in anderen Aussagen des besagten Siebenjahresplans zum Ausdruck, etwa wenn er verlangt, dass die Schulen der afghanischen Wirklichkeit nähergebracht werden sollen; um so mehr gilt das dann selbstverständlich für die Universität. Ich sehe in diesem Plan zum erstenmal einen gangbaren Weg für die Förderung der Entwicklungspolitik durch das Mittel der Ausbildungshilfe. Diese

würde sich dann konzentrieren auf Beratung bei Planung und Durchführung entsprechender Forschungen in Afghanistan, am besten durch eine Reihe verschiedener Spezialisten der Wirtschaftsethnologie, die die einheimischen Studenten und Dozenten anleiten, wie es schon eine ganze Reihe französischer Wirtschaftsethnologen im Sinne der «Neuen Anthropologie» in Afrika tut.

#### *«Brain drain»*

Es steht fest, dass viele Entwicklungshelfer und technische Experten, die vormals in Afghanistan gearbeitet haben, gute Leute gegen hartes Geld in ihr eigenes Land abwerben. Man sprach bei Gelegenheit meines letzten längeren Aufenthaltes im Spätherbst 1977 von etwa 150 000 afghanischen «Gastarbeitern» in den verschiedenen Ländern der arabischen Halbinsel (nebenbei bemerkt von mindestens genauso vielen wenn nicht mehr pakistanischen). Viele werden (oder wurden bis vor kurzem) wahrscheinlich aus denselben Gründen vom Iran und seiner industriellen Explosion angezogen, wobei hinzukommt, dass in diesem Falle keine Sprachschränke bestehen, da das afghanische Persisch nur eine leichte Abwandlung des iranischen darstellt, während das Arabische eine völlig andere Sprache ist, neben der von den Immigranten vor allem Englisch verlangt wird (im iranischen Ölgebiet und in den anderen sich neu entfaltenden persischen Industriegebieten gelegentlich auch Deutsch). Attraktive Chancen bestehen für Afghanen ferner in östlicher Richtung, z. B. in Pakistan, wozu die grösste Teilgruppe der afghanischen Bevölkerung, die Paschtunen, seit jeher besonders enge Beziehungen ethnischer Verwandschaft hat. Im Moment wirken sich diese Anziehungsfaktoren aus, ohne dass man Genaueres über ihr Ausmass wüsste; vielfach sind die Verhältnisse geradezu chaotisch, da in Ländern mit unübersichtlichen Grenzen natürlich illegale Einwanderung die Regel zu sein pflegt. Das ergibt dann einen «Talent-export» (*brain drain*) neuer Art, nämlich von einem Land der Dritten Welt in ein anderes, wobei natürlich das schwächere – hier Afghanistan – Federn lassen muss. Die Situation wird zweifellos nicht besser, wenn man über Ausmass, Art und Richtung dieses Aderlasses keinerlei präzise Untersuchungen anstellt, sondern statt dessen über das Thema Bevölkerung und wirtschaftliche Entwicklung theoretisiert. Ende 1979 sahen die Verhältnisse etwa folgendermassen aus (nach Dietrich Wiebe): etwa 400 000 Afghanen lebten im Iran, etwa 250 000 in den Golfstaaten und etwa 50 000 in Kuwait, also insgesamt (ohne Familienangehörige) etwa 700 000 Emigranten. Die Folgen machen sich bereits bemerkbar durch eine spürbare Verknappung von Arbeitskräften im Mutterland. Die neuere politische Entwicklung dürfte diese Massenauswanderung noch weiter verstärken.

In einer breitangelegten Aufklärung über den zentralasiatischen Wirtschaftsraum müssen aber auch die Nationen in der südlichen Sowjetunion berücksichtigt werden, vor allem jene, die beachtliche Minoritäten in Afghanistan aufweisen. Die grössten von ihnen sind die Uzbeken und Turkmnen, wozu noch einige kleinere Ethnien kommen, über die insgesamt sehr wenig bekannt ist. Solange Afghanistan durch den Hindukusch in zwei Teile zerschnitten ist, werden – trotz der neuen Asphaltstrasse über den Salangpass – die Ethnien in den nördlichen Steppengebieten sich naturgemäß wirtschaftlich an den städtischen Zentren Buchara und Taschkent orientieren – vor allem auch, weil in den letzten vierzig Jahren viele Turkmnen aus der Sowjetunion nach Afghanistan geflüchtet sind und wohl noch starke Bande (mindestens sprachliche) zu ihrer alten Heimat haben. Dieser Exodus begann, als die sowjetische Zentralmacht in den dreissiger Jahren die nationalistischen und nativistischen Strömungen in den Republiken der asiatischen Steppen an die Kandare nahm. Für die afghanischen Uzbeken lautet heute die Frage: wie gross sind ihre beruflichen Chancen in Afghanistan verglichen mit denen in der Sowjetunion? Als ich 1963 die Grossbaustelle der Russen am Salangpass besuchte, der den Hindukusch in einer Höhe von 3200 Metern nach Norden mit einem 10 km langen Tunnel durchstösst, fiel mir auf, dass fast alle mittleren Ingenieure Uzbeken waren (viele von ihnen sprachen überdies bestens englisch, im Gegensatz zu den leitenden Weissrussen, die kein Wort mit uns wechseln wollten oder konnten). So haben offensichtlich die Uzbeken in der Sowjetunion beträchtlich profitiert. Eine kleine Probe in Taschkent brachte übrigens zutage, dass die uzbekische Jugend praktisch nach Moskau und Leningrad und in andere russische Grossstädte ausgewandert ist, um von den dort reichlich vorhandenen Ausbildungschancen Gebrauch zu machen. In die freiwerdenden Positionen, vor allem der kleinen und somit trotz Sozialismus selbständigen Betriebe, rückten als Betriebsleiter und eventuell sogar als Besitzer vor allem Weissrussen ein, was Ausdruck einer internen Kolonialsituation ist. Eine besondere Lage findet sich bei den Kirgisen, von denen viele nach Afghanistan geflüchtet sind; ein Teil von ihnen lebt dicht an der Grenze in Qunduz, ein anderer im Hochtal des Pamir von Schafzucht, ohne dass man jedoch Genaueres darüber weiss. Nach neuesten Informationen sind sie 1979/80 nach China geflüchtet, um einer Begegnung mit den Russen zu entgehen.

### *Berufsbilder*

Das grösste Defizit findet sich jedoch in der Behandlung der Berufsfrage, die für eine Analyse der Wirtschaftsstruktur Zentralasiens geradezu eine

Schlüsselfunktion haben könnte, wenn man speziell die Entwicklungsmöglichkeiten und -richtungen bedenkt. Wirtschaftliche Innovationen müssen immer an bereits vorhandene Berufsbilder anschliessen, wenn sie eine Chance haben sollen. Ein Blick auf die Wirklichkeit zeigt aber, dass es in dieser Hinsicht äusserst verschiedene Ausgangslagen gibt. So habe ich schon 1957 mit meinem ägyptischen Freund Hussein Monès in einem kleinen Fellachendorf in der Nähe von Kairo einen Probetest durchgeführt, der ein geradezu katastrophales Ergebnis erbrachte. Die gestellte Aufgabe hatte darin bestanden, nachzuprüfen, wodurch der geringe Integrationsgrad des durchschnittlichen ägyptischen Dorfes bedingt ist. Das war wichtig zu wissen, weil die Hypothese bestand, dass jede erfolgreiche Aktivierung oder «Mobilisierung» im Sinne wirtschaftlicher Neuerungen als Voraussetzung eines gemeinsamen Handelns Integration erfordere. Integration hängt aber ganz unmittelbar mit einem Minimum an wirtschaftlicher und beruflicher Arbeitsteilung zusammen, weil dadurch komplettäre Zusammenhänge entstehen, während die Familien im ägyptischen Dorf, die alle unter denselben Bedingungen des Fellachendaseins leben, sich beliebig und weitgehend unabhängig voneinander bewegen und entwickeln können – so will es der von Emile Durkheim charakterisierte Zustand der «segmentären» Sozialverfassung. Das Dorf, in dem wir unsere Probe machten, war scholarisiert; der Schulvorsteher, eine sehr eindrucksvolle Persönlichkeit, und die zwei oder drei Lehrer taten ihr Bestes. Und doch hatte keines der Kinder eine andere Berufsvorstellung ausser der des Lehrers; ein einziges sprach noch vom Barbier, bei dem es als Gehilfe arbeitete. Aber auch dieser Junge antwortete auf die Frage, was er denn werden wolle, mit verzücktem Augenaufschlag: Lehrer! Die Lehrer ihrerseits hatten keinerlei Berufsvorstellungen; der Grund dafür war leicht einzusehen: sie hatten nie Kontakt zu anderen Berufen gehabt, und auch im Teachers College waren sie nicht informiert worden. Einzig der Schulvorsteher wusste etwas von anderen Möglichkeiten, hatte aber seine eigenen Kinder ebenfalls Lehrer werden lassen. Als ich dem später hinzukommenden Gemeindevorsteher meine Frage erklärte, brach er in eine lange Rede aus, die darin gipfelte, dass er gestand, er habe ja selber nicht die geringste Vorstellung davon, was es für Berufe in dieser Welt gebe. Er sei Bauer, seine Väter und Vorfäder seien alle Bauern (also Fellachen) gewesen, von etwas anderem wisse er nichts.

Man mag dieses Bild als extrem und damit als untypisch ansehen; das ändert aber nichts daran, dass in Ägypten die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung noch immer in diesem Zustand lebt. Die gleiche Situation habe ich bei den Navajo-Indianern gefunden und schliesslich nochmals in Afghanistan. Ohne zu wissen warum, kann ich nur feststellen, dass es

in Afghanistan – verglichen mit den umliegenden Kulturen etwa Irans oder Pakistans, Turkmenistans oder Uzbekistans – ein ungewöhnlich unterentwickeltes Berufssystem gibt. Mit nur wenigen Ausnahmen ist das Handwerk nicht nur schwach entwickelt, sondern ganz ungenügend ausgebildet, teilweise derart schlecht, dass es kaum auch nur einigermassen akzeptable Produkte für den Tourismus herstellen kann, weshalb viele aus Pakistan importiert werden müssen. So gibt es auch kaum etwas, woran eine wirtschaftliche Ausbildung anschliessen könnte.

Im Herbst 1977 machte ich kurz entschlossen eine weitere Probe bei einigen (deutschen und afghanischen) Lehrern am deutschen Gymnasium in Kabul. Das Ergebnis war niederschmetternd. Der Vorwand, unter dem ich diese Probleme mit den Lehrern besprach, war die Anknüpfung engerer Beziehungen zwischen der Schule und der Wirtschaftsfakultät. So ergab sich wie von selbst meine Frage, ob und inwiefern im Unterricht der Oberklassen, als Vorbereitung für das spätere Studium, irgendwelche Berufsvorstellungen vermittelt wurden. Die Antwort war ein klares Nein. Infolgedessen verband sich natürlich mit dem Begriff «Wirtschaft» im Bewusstsein der Schüler nicht der geringste reale Inhalt – und das zwang den späteren Universitätsunterricht unausweichlich in eine Abstraktionshöhe, in der keinerlei Realität, sondern ausschliesslich Wortfetische herrschten. In der Praxis drückte sich das dann so aus, dass mich ein Betriebsleiter einmal vorwurfsvoll fragte, warum wir denn nicht wenigstens fähige Buchhalter ausbildeten, von denen er jederzeit eine Menge einstellen könnte. Ich habe schon von der Kopflastigkeit unseres Programms gesprochen. Da der afghanischen Realität zuwenig Beachtung geschenkt wurde, musste sich das von uns vermittelte Wissen und Können in einer irgendwie höchst unklaren Dimension ansiedeln, die den Weg zurück auf den Boden der Realität mit mehr Hypotheken belastete, als es für die Entwicklung gut ist.

Erschwerend wirkt zu alledem noch jener Ethnozentrismus, den man zumeist den amerikanischen Entwicklungstheoretikern zum Vorwurf macht, der aber für die Europäer ebenso zutrifft. Fragt man nach dem Ziel der Entwicklungsförderung, so lautet die Antwort spontan: Die unterentwickelten Gesellschaften sollten die gleiche wirtschaftliche Struktur erreichen wie die westlichen (wobei freilich unterschlagen wird, dass in ausnahmslos allen westlichen Kulturen heute der Anteil jener im Wachsen ist, die diese Struktur ihrer Wirtschaft inzwischen ablehnen). Man betrachte unter dieser Perspektive etwa ein Werk wie das von Walt W. Rostow. Weit davon entfernt, eine Theorie der Entwicklung zu geben, bemüht er sich einzig um eine Deskription von Entwicklungsvorgängen, die scheinbar logisch, in Wahrheit aber nur zufällig und vielleicht sehr vorübergehend in das Zeitalter des Massenkonsums einmünden, das dann

ebenso zufällig mit dem Gegenwartszustand der amerikanischen Gesellschaft identifiziert wird. Als ich im Herbst 1977 diese Probleme als Gastprofessor in Kabul besprach und vor solcher Literatur warnte, sagte mir ein Student ganz erschrocken: jetzt habe er sich vier Jahr lang mit Rostow befasst, und ich versuche nun, ihm das in einer Stunde auszureden. Er persönlich wolle aber, dass Afghanistan so werde wie Amerika. Damit wiederholte er freilich nur, was eine ganze Reihe von Entwicklungstheoretikern lehren: nämlich dass eine Gesellschaft um so entwickelter sei, je ähnlicher sie der amerikanischen ist. Es finden sich in der einschlägigen Literatur – auch bei «grossen» Namen – Formulierungen von einer schlechterdings nicht zu übertreffenden Naivität. So z. B. bei Karl W. Deutsch, der in einer vielzitierten Abhandlung über «Soziale Mobilsierung und politische Entwicklung» (1961) meint, «dass im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung . . . die Länder Äthiopien immer etwas unähnlicher (als dem am wenigsten entwickelten Land der Welt, dem aber unmittelbar Afghanistan folgt) und den Vereinigten Staaten immer etwas ähnlicher werden». Das entspricht auch dem Schema von Walt W. Rostow, das von den meisten Ökonomen noch immer als Evangelium angesehen wird, obwohl in den entwickelten Industriegesellschaften schon längst stärkste Zweifel an der Zielorientierung auf hohen Konsumstandard laut geworden sind. Aber leider sind bereits die Mitglieder der unterentwickelten Gesellschaften von demselben Aberglauben angesteckt. So machte ich eine aufschlussreiche Erfahrung in der gleichen Vorlesung, als ich von der Notwendigkeit einer Entwicklung der Landwirtschaft sprach und mir erwidert wurde: Landwirtschaft sei sekundär, es komme vor allem auf Stahlindustrie an. Als ich dagegen einwandte, es gebe eben auch Kulturen, in denen zu wenig Voraussetzungen für eine Industrialisierung bestehen, und diese sollten zunächst auf Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte bedacht sein, kam es zu einer langen Diskussion um das Pro und Contra der Industrialisierung, wobei aber die Pro-Stimmen deutlich überwogen. Dabei steht fest, dass Afghanistan sich sehr leicht bessere Exportmöglichkeiten (oder Verminderung der Importe) schaffen könnte durch industrielle Weiterverarbeitung seiner landwirtschaftlichen Produkte, z. B. durch Export von Obstsäften statt Orangen oder des hochvitaminreichen Granatapfelsaftes statt der unverarbeiteten Früchte, die ein enormes Transportvolumen beanspruchen. Diese Liste könnte lange fortgesetzt werden, man denke speziell an die verschiedenen afghanischen Rosinenarten, Nüsse usf., die heute auf dem Weltmarkt gute Preise erzielen, aber nicht marktfertig konfektioniert werden. Überhaupt ist die Konserverungsindustrie praktisch inexistent. Ein interessantes Projekt ist von dänischer Seite auf Anraten des bedeutenden Ethnologen Klaus Ferdinand

in Angriff genommen worden: in bestimmten Gebieten soll die Agrarproduktion derart gefördert werden, dass nicht etwa als Folge der Mechanisierung weniger Arbeiter benötigt werden, die dann arbeitslos in die Stadt abströmen, sondern im Gegenteil mehr, die mit Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte befasst sind. Dazu kommt als wahrscheinlich wichtigster Punkt das Gerben, Veredeln und Weiterverarbeiten von Schafhäuten (Karakul, Breitschwanz usw.), die ein wertvoller Exportartikel sind; leider sind die Gerbetechniken bis vor kurzem durchweg derart ungenügend gewesen, dass die Felle rochen, so dass z. B. die Amerikaner es vorzogen, die noch feuchten Häute auszufliegen und in den Vereinigten Staaten verarbeiten zu lassen.

Anderseits gibt es einzelne Fertigungsweisen in Afghanistan, die man zumindest als präindustriell bezeichnen kann. Ich denke dabei insbesondere an die von mir vor Jahren geschilderte raffinierte Arbeitszerlegung der afghanischen Bäcker, die ihnen – noch ganz ohne Anwendung von Maschinen – eine enorme Leistungssteigerung ermöglicht hat. Damals sprach ich von einem «Fall isolierter Arbeitsteilung» in einer unterentwickelten Wirtschaft – isoliert, weil sie nicht übersprang auf andere Produktionszweige. Mittlerweile hat sich das geändert, insofern z. B. die schon immer recht leistungsfähige handwerkliche Herstellung von afghanischen Möbeln sehr eigenen Stils, die durch den auch in Afghanistan zunehmenden Tourismus im Ausland bekannt geworden und in Paris geradezu in Mode gekommen sind, neuerdings durch einen jungen Unternehmer (der übrigens zeitweise Mitglied unserer Fakultät in Kabul war und auch meine Abhandlung über die Bäcker kannte) mit Hilfe weiterer Arbeitszerlegung den Methoden der industriellen Fertigung nähergebracht worden ist. Er sagte mir, dass sich sogar der Export per Flugzeug lohne. Das interessanteste Beispiel für diese den Bedingungen eines Entwicklungslandes entsprechende Industrialisierung fand ich aber in einer Gerberei, Leder- und Schuhfabrik in Kabul, die an sich schon seit etwa 40 Jahren existiert, aber früher immer wieder zeitweise geschlossen war. Als ich sie im Herbst 1977 besuchte, arbeitete sie ununterbrochen seit 17 Jahren, und zwar unter ausgeklügelten Umständen, die ich hier etwas genauer beschreiben möchte.

### *Eine Fabrik*

Die Leitung bestand im wesentlichen aus drei Männern, einem afghanischen Vorsitzenden namens Yailaqi, der auch in unserer Fakultät tätig war, einem deutschen Lederspezialisten namens Prasse und einem italienischen Schuhspezialisten namens Albino Crugnola aus Varese, dem

weltberühmten italienischen Zentrum der Schuhfabrikation. Diese drei Männer bildeten ein vorzüglich kooperierendes Team, wobei sie als Verkehrssprache das Italienische benutzten, da der afghanische Mitarbeiter in Pisa ausgebildet worden war und der deutsche früher in Äthiopien – also ebenfalls im italienischen Sprachbereich – gearbeitet hatte und perfekt Italienisch sprach. Mit der Belegschaft sprachen die beiden Europäer ein ebenso perfektes Farsi. Das Ganze war ein Musterstück für internationale Zusammenarbeit vor Ort. Im Hintergrund stand noch eine schweizerische Finanzgesellschaft. In diesem Betrieb wurde nun durchaus mit industrieller Arbeitsanordnung gearbeitet, und zwar unter starker Verwendung modernster Maschinen. Auf meine Frage nach der Herkunft der Arbeiter in der Schuhabteilung wurde mir gesagt, sie seien eigentlich zumeist Schuhmacher aus dem Bazar, die man angelernt hatte. Besonders interessant war dabei, dass es in diesem Betrieb zwei genau getrennte Arbeitsflüsse gab, einen mehr handwerklichen, der einem klassischen Manufakturbetrieb recht ähnlich war, nur dass neben der Handarbeit einzelne Maschinen (Pressen, Nähmaschinen usw.) eingesetzt wurden; diese waren durchweg Maschinen italienischer Produktion, aber älteren Datums. Die zweite Linie dagegen entsprach durchaus einem modernen italienischen Betrieb und war auch mit ganz neuartigen Maschinen ausgestattet. Ich hatte ursprünglich vorgehabt, eine eingehende vergleichende Untersuchung der beiden Produktionslinien durchzuführen, speziell nach sozialer und ethnischer Herkunft, Alter, beruflicher Vorbildung und Arbeitszufriedenheit im allgemeinen, gemessen an verschiedenen erprobten Indikatoren; leider konnte ich das Projekt im Jahre 1977 wegen anderweitiger Belastungen nicht durchführen, und nach dem Umsturz vom Frühjahr 1978 ist mein Vorhaben einigermassen problematisch geworden. Aber darum geht es mir hier nicht.

Es geht mir vielmehr um die Tatsache, dass es nach einer entsprechenden Anlaufzeit durchaus möglich war, nicht nur professionelle Schuhmacher manufakturmässig zu einem relativ grossen Betrieb zusammenzufassen (die Belegschaft der Leder- und Schuhabteilung umfasst insgesamt rund 500 Arbeiter), sondern auch andere Arbeiter an eine stärker mechanisierte und entsprechend mit weitergehender Arbeitszerlegung verbundene Produktionsweise zu gewöhnen. Auffällig war hierbei der grosse Anteil Jugendlicher, die unter Aufsicht älterer Arbeiter standen. Die Aufsicht war minimal, da ja der Arbeitsfluss in einer solchen Anordnung sich selbst zu kontrollieren pflegt und eine übermässige Aufsicht nur zu Konflikten führt. Diese Arbeitsanordnung entsprach im wesentlichen den Prinzipien, die Adriano Olivetti in der unmittelbaren Nachkriegszeit in seinen Produktionsbetrieben in Ivrea für Schreibmaschinen und Rechenmaschinen

mit grossem Erfolg eingeführt hatte. Abgesehen von einer gewissen räumlichen Enge, der aber durch Trennung der beiden Linien auf zwei verschiedene Etagen abgeholfen werden sollte, konnte ich kaum einen Unterschied zu einer beliebigen modernen Schuhfabrik in Italien finden. Auch die Betriebsmoral war gut, und Crugnola sagte mir, dass er die Arbeiter immer wieder warnte, nicht zu hetzen, sondern ruhig einmal eine kurze Schlafpause einzulegen, wenn sie sich müde fühlten. Dass er mir damit die Wahrheit gesagt hatte, konnte ich selber kontrollieren, als ein Arbeiter bei einem unserer Besichtigungsgänge gerade aufwachte und keineswegs erschrocken war, den Betriebsleiter vor sich zu sehen. Die grösste Schwierigkeit, die mir Crugnola berichtete und die mir auch sofort einleuchtete, lag darin, dass es unmöglich war, ältere Arbeiter jüngeren zu unterstellen, selbst wenn die älteren nur ganz subalterne Tätigkeiten ausübten wie das Hin- und Herfahren von Halbfertigwaren oder Materialien. Als Kuriosum sei noch erwähnt, dass der Ladenpreis mit untilgbarer Tinte in die fertigen Schuhe eingedruckt wurde, so dass ein Überfordern der Kunden im Bazar später unmöglich war: der Preis konnte im Handel nicht überhöht, sondern nur noch verringert werden.

Das Beispiel dieser Fabrik, die übrigens sehr erfolgreich ist (ihr jährlicher Ausstoss betrug 1977 250 000 Paar Schuhe) und durchaus vergrössert werden könnte (dass es nicht geschah, hatte administrative Gründe: bei mehr als 500 Arbeitern müsste sie nach afghanischem Gesetz verstaatlicht werden), zeigt meines Erachtens sehr deutlich, dass auch in extrem unterentwickelten Ländern mit hoher Analphabetenquote die Produktion in begrenzten Sektoren sehr wohl modernisiert werden kann, ohne dass gleich die ganze Wirtschaft umgestaltet werden muss. Es bleibt dann eben vorerst bei industrialisierten «Taschen» oder «Nischen» in einer ansonsten präindustriellen Gesellschaft. Seltsamerweise wird dergleichen aber weder von unseren Wirtschaftswissenschaftlern zur Kenntnis genommen noch auch von den Ethnologen, die das System der Arbeitszerlegung bestenfalls als ein Kuriosum betrachten und nicht als ein Elementarphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Das zwingt uns zu der weiteren Überlegung, warum eine solche Arbeitsordnung, die heute schon nicht mehr so isoliert zu sein scheint wie zu der Zeit, als ich sie erstmals untersuchte, sich nicht verallgemeinert. Wir nehmen ja normalerweise an, wie auch Gunnar Myrdal hervorgehoben hat, dass sich einmal erfundene und in der Anwendung erprobte «Produktionsweisen» von einem Wirtschaftssektor zum anderen ausbreiten. Warum geschieht das nicht auch in diesem Falle? Aber wir sollten anders fragen: muss das überhaupt geschehen? Ist es nicht auch denkbar, dass sich solche «Enklaven» und «Nischen» fortgeschrittenerer Produktionsmethoden durch-

aus neben primitiveren halten können? Setzt nicht die Verneinung dieser Frage ein Modell der Industriegesellschaft voraus, das selber unrealistisch ist, insofern dabei unterstellt wird, dass Industriegesellschaften stets auf allen Ebenen gleichmäßig industrialisiert sein müssten? Nachdem allgemein deutlich geworden ist, dass in den hochindustrialisierten Ländern etwa der Freizeitsektor mehr und mehr Vorrang vor der Produktionsosphäre gewinnt und sich ausserdem starke Widerstände gegen die Universalität des Leistungsprinzips geltend machen, gelangt man eher zu der Vermutung, dass die bisher fraglos akzeptierten Modelle ganz einfach falsch sind.

Sie bedürfen ganz ohne Zweifel der Korrektur – und damit tun sich auch für die unterentwickelten Gesellschaften unserer Erde andere Möglichkeiten auf als nur die der Industrialisierung. Denkbar wäre z. B. eine weitgehend agrarische Wirtschaft mit Handwerk und verstreuter Kleinindustrie. Anders gesagt: die Industrie könnte sich relativ abgesondert entwickeln, ohne die Gesellschaft insgesamt nach ihrem Bilde umzuformen. Die Industriegesellschaft westlicher Prägung wäre dann keine Normalform mehr, sondern eine Extrembildung, über deren Chancen man verschiedener Meinung sein kann.

Damit wird gleichzeitig ein anderer Ansatz zurückgewiesen. Ich meine jene Theorie, die zwischen unentwickelten und entwickelten Gesellschaften eine dritte Kategorie von sich entwickelnden oder «Übergangsgesellschaften» annimmt und damit das Rätsel gelöst zu haben meint. In Wahrheit bezeugt sie damit nur ein beängstigend eindimensionales Denken, demzufolge sich alle Gesellschaften stets nach dem gleichen Schema entwickeln müssten, als gebe es keine autonomen Alternativen. Dabei gibt es gerade auf dem Gebiet, auf dem wir uns hier bewegen, sogar sehr deutliche Alternativkräfte, nämlich die autochthonen und traditionalen Kulturen, die allein darüber entscheiden, was im einzelnen in den Entwicklungsprozess aufgenommen wird und was nicht. Hierbei könnten vielleicht sogar Innovationsprozesse von grösster Bedeutung zum Vorschein kommen, in denen Kräfte wirksam werden, für die in den Industriegesellschaften kein Äquivalent zu finden ist.

### *Ethnische Spannungen*

Für Afghanistan stehen diese Möglichkeiten noch nicht in vollem Ausmass zur Diskussion, denn vorläufig ist das Land noch weit davon entfernt, so etwas wie eine Nation zu sein. Der Umsturz im Frühjahr 1978 hat die ethnischen Spannungen weiter erhöht, insofern sich wieder einmal das

Gespenst der «Paschtunisierung» erhoben hat, was auch internationale Komplikationen schaffen kann, wenn man bedenkt, dass ein grosser Teil der Paschtunen in Pakistan lebt. Über die weitere Entwicklung kann derzeit gar nichts gesagt und noch weniger vorausgesagt werden. Die verschiedenen Regimewechsel waren bisher mit Ausnahme des letzten recht einstöning. Nach der Ministerpräsidentschaft Daouds kam eine relativ liberale Phase, die ich im wesentlichen miterlebt habe. Die Absetzung des Königs, die im Juli 1973 erfolgte und Daoud als Regierungsoberhaupt und Staatspräsident zurückbrachte, war im Grunde kein echter Regimewandel, denn Daoud war selber ein naher Verwandter des Königshauses. So folgte der Monarchie eine Art von Präsidialrepublik, die nicht Fisch und nicht Fleisch war. Vor allem aber war Daoud zu alt und hatte keinen Nachfolger aufgebaut, der langsam in die Staatsgeschäfte hätte hineinwachsen können. Während meines letzten Aufenthaltes in Afghanistan vom 15. Oktober bis zum 15. Dezember 1977 war die Unzufriedenheit mit Daoud gross, man sah wieder mehr Polizei und auch Militär in Kabul, ein Minister wurde morgens auf offener Strasse erschossen. Aber niemand hätte wohl einen Staatsstreich von seiten der äussersten Linken erwartet, wie er sich am 27. April 1978 ereignete, obwohl die Chalk-Partei (Demokratische Volkspartei) als solche schon lange bekannt war. Sie repräsentiert aber eine verschwindende Minorität der Bevölkerung (etwa 50 000 Parteimitglieder), und gerade das muss uns warnen, allzu weitreichende Schlüsse zu ziehen.

Afghanistan befindet sich heute – ich schreibe dies im Herbst 1979 – in einer äusserst prekären Lage. Das wirtschaftliche Entwicklungsniveau reicht gerade aus, um Erwartungen wachzuhalten, ohne dass sich jedoch auf dem bisher Erreichten ein wirklicher Staat mit einiger Hoffnung auf Stabilität bilden könnte. Er böte höchstens das klassische Bild des «weak state» in wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern. Dazu kommen noch andere gravierende Umstände. Wenn man die geographische Lage des Landes bedenkt, das durch den Hindukusch in zwei Teile getrennt wird, zwischen denen im Winter erst seit der Einrichtung von Telegraph und Radio (seit 1957) eine Kommunikation möglich wurde und erst seit 1963 ein regelmässiger Verkehr (über den Salangpass), dann wird man leicht einsehen, dass Afghanistan bisher einfach keine Chancen hatte, zu einer einheitlichen Gesellschaft zusammenzuwachsen. Erst in den letzten Jahren beginnt sich ein Kommunikationswesen auszuwirken: kleine Transistor-empfänger, zumeist japanischer Herkunft, werden in den Haushalten auch entlegener Landesteile immer häufiger, so dass der Prozess in vollem Gange ist, in dessen Verlauf sich allmählich neue Inhalte in allen Sprachen verbreiten können. Damit ergibt sich erstmals die Hoffnung auf eine

gemeinsame Sprache, auf eine Lingua Franca, die überall im Lande verstanden wird. Auch das ist jedoch nicht frei von Gefahren, wenn man bedenkt, dass die ethnische Majorität paschtunisch ist, die allgemeine Sprache aber das Farsi. Typisch das Beispiel des letzten Königs Zaher Schah, der zwar einem paschtunischen Geschlecht entstammte, selber aber das Paschtunische erst erlernen musste.

Das nächstliegende Ergebnis dieser Entwicklung kann entweder die Diktatur einer von aussen gesteuerten Minoritätspartei sein oder der neuerliche Zerfall in viele lokale oder regionale, voneinander relativ unabhängige Einheiten – wobei dann der Name «Afghanistan», statt zur Bezeichnung eines relativ einheitlichen, durch einen eigenständigen Staat repräsentierten Systems zu werden, wieder den eher märchenhaften und mythischen Klang annähme, den er in der Vergangenheit so oft gehabt hatte.

### *Nachtrag*

Die vorstehenden Sätze schrieb ich lange bevor die Sowjetunion zu Weihnachten 1979 in Afghanistan einmarschierte und damit eine neue Phase des sozialistischen Imperialismus einleitete. Doch wer meine Ausführungen genau liest, wird verstehen, warum mich diese neue Wendung der Dinge nicht sehr überraschte. Meine heutige Einstellung zur Sowjetunion, speziell in bezug auf ihre asiatische Politik, hatte sich bereits seit den grossen Schauprozessen der dreissiger Jahre angebahnt und nach dem russischen Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 definitiv gefestigt (weswegen ich auch den Weltkongress für Soziologie 1970 in Bulgarien nicht besuchte).

Was Afghanistan betraf, so hatte mir bereits 1963 der von den Russen durchgeführte Bau der grossen Autostrasse von der sowjetischen Grenze über den Salangpass nach Kabul die Augen geöffnet: die Ausmasse des Tunnels und der Galerien, die diese Strasse auch im Winter passierbar machen sollten, mussten es selbst einem Blinden klarmachen, dass dieser Verbindungsweg über den Hindukusch nicht für Kamelkarawanen gedacht war, sondern für schwerste Kriegsfahrzeuge. Ausserdem war die Errichtung von Brotfabriken in regelmässigen Abständen entlang dieser Strasse geplant. Von Kabul führte eine alte Pistenstrasse über das Hochland nach Sarobi dicht unter dem Khaiber-Pass, dem Endpunkt einer zur gleichen Zeit von den Amerikanern errichteten kühnen Strassenkonstruktion durch die Tang-e-Garu-Schlucht, so dass die neue russische Strasse im Verein mit der amerikanischen den direkten Zugang nach Pakistan eröffnete. Die Weichen waren also, unter tätiger Mitwirkung westlicher «Entwicklungs hilfe», schon lange gestellt.